

Niederschrift

über die 10. öffentliche Sitzung
des Gemeinderates

am Donnerstag, dem 19.12.2013, im Ratssaal des Rathauses in Sande

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 vom 19.09.2013**
4. **Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengroden für 2014
Vorlage: 204/2013**
5. **Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande
Vorlage: 210/2013**
6. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014
Vorlagen: 216/2013 und 216/2013/1**
7. **Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes
Vorlage: 215/2013**
8. **Änderung der Richtlinien über die Sportförderung sowie über die Verwendung der Mittel zur Förderung von Jugendpflegemaßnahmen
Vorlagen: 198/2013 und 198/2013/1**
9. **Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss des Bebauungsplans Nr. 45 - Gewerbegebiet Bahnhofstraße Nord -
Vorlage: 192/2013**
10. **Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 46 - JadeWeserAirport -
Vorlage: 194/2013**

11. **Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 37 - Windpark Sande -
Vorlage: 195/2013**
12. **Wahl einer / eines hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeisters 2014;
hier: Bestimmung des Wahltermins einschließlich einer evtl. erforderlichen Stichwahl
Vorlage: 181/2013**
13. **Wahl einer / eines hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeisters 2014;
hier: Berufung der Wahlleitung einschließlich Stellvertretung
Vorlage: 182/2013**
14. **Benennung eines Elternvertreters für den Schulausschuss
Vorlage: 236/2013**
15. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Nichtöffentlicher Teil

16. **Tausch von Flächen für den Flächenpool "Kompensationsmaßnahmen Naturschutzstiftung Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven"
Vorlage: 214/2013**
17. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:35 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz
Ratsfrau Christel Bohlen bis 18.30 Uhr
Ratsfrau Ruth Bohlke
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsherr Frank David
Ratsherr Stephan Eiklenborg
Ratsherr Folkert Feeken
Ratsfrau Angela Hoffbauer
Ratsherr Hermann Kleemann
Nds. Wirtschaftsminister Olaf Lies
Beigeordneter Matthias Lührs
Ratsherr Reinhard Oncken
Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier
Ratsfrau Annika Ramke
1. stellvertretender Bürgermeister Michael
Ramke
Beigeordneter Achim Rutz
Ratsherr Andreas Schindler
Beigeordnete Ulrike Schlieper
Beigeordneter Alexander von Fintel
Bürgermeister Josef Wesselmann
2. stellvertretende Bürgermeisterin Moni-
ka Willenbücher-Orths
Ratsherr Uwe Wispeler

Verwaltung

Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer als Schriftführerin

Gast

Landrat Sven Ambrosy

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 vom 19.09.2013**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengroden für 2014**

Vorlage: 204/2013

Ein Ratsmitglied erkundigte sich zum Ausführungszeitraum der Aufreinigung, wozu die Verwaltung erklärte, dass die noch ausstehenden Restarbeiten in der nächsten Zeit ausgeführt werden, solange die Witterung dieses zulässt.

Beschluss:

Gem. § 4 der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ort Cäciliengroden vom 12.12.1974 wird die Entwässerungsgebühr für die im Bereich der Siedlung Cäciliengroden belegenen Grundstücke für das Haushaltsjahr 2014 auf 0,0531 € je m² Grundstücksfläche festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande**

Vorlage: 210/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die mit Schreiben vom 18.11.2013 vorgelegte 9. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung vom 26.09.1974.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Erlass einer Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014**

Vorlagen: 216/2013 und 216/2013/1

Bürgermeister Wesselmann ging zunächst auf das Anpassungserfordernis des Haushaltsplanentwurfs aufgrund der um 900.000 € geringer ausfallen-

den Mittel aus dem Finanzausgleich ein, der die Gemeinde zu weiteren Ansatzkürzungen gezwungen hat, wobei in diesem Zusammenhang bewusst darauf verzichtet wurde, pauschale Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen vorzunehmen. Im Bereich der Personalkosten, deren Höhe immer wieder seitens einzelner Ratsmitglieder kritisch hinterfragt wird, wurde dargelegt, dass diese ohne die Bereiche Sozialstation und Kläranlage einen rund 29 %igen Anteil am Ergebnishaushalt ausmachen und die Gemeinde damit im Vergleich zu anderen Kommunen im Durchschnitt liegt.

Zu den geplanten Investitionen wurde ausgeführt, dass die meisten Haushaltsmittel für die Maßnahme „Beseitigung des Bahnübergangs Deichstraße“ mit rund 4 Millionen Euro veranschlagt wurden, deren zügige Umsetzung aufgrund der sich drastisch erhöhten Schrankenschließzeiten geboten ist. In einem ersten Teilabschnitt wird der Kreisel in der Bahnhofstraße hergestellt, daran anschließend können im nächsten Jahr bereits Vorarbeiten für das Brückenbauwerk durchgeführt werden. Die gesamte Bauzeit beträgt rund 2 Jahre.

Ferner ging der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede auf die beabsichtigten Straßensanierungen in Neufeld II ein, die jedoch nur dann durchgeführt werden sollen, wenn Zuschüsse aus der Dorferneuerung fließen, sowie auf die Projekte Städtebauförderung Neustadtgödens, Brückensanierung in Mariensiel, Bahnumfahrung Sande, Herstellung Feuerwehrgerätehaus und weitere Straßensanierungen.

Zur Entwicklung im Bereich der Kläranlage wurde informiert, dass die Gemeinde einen Betrag für Sanierungsmaßnahmen in den Haushalt eingestellt hat, gleichwohl Verhandlungsgespräche über eine mögliche Übertragung der Anlage an den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserband geführt werden. Im Falle eines Vertragsabschlusses könnten die Haushaltsansätze im Rahmen eines Nachtragshaushalts wieder reduziert werden wodurch sich die Haushaltssituation verbessern würde.

Durch die genannten geplanten Investitionen wurde als Ausblick festgestellt, dass sich die Verschuldung der Gemeinde vorübergehend drastisch erhöhen wird, jedoch durch das Fließen der Zuschüsse aus dem Entflechtungsgesetz für die Bahnprojekte und die mögliche Kläranlagenübertragung wieder reduziert werden kann.

Abschließend stellte der Bürgermeister heraus, dass trotz des Ausgaben volumens bewusst auf Steuererhöhungen verzichtet wurde, um den Bürgern nicht noch mehr zuzumuten, und weiterhin eine restriktive Haushaltsführung erfolgen wird, womit in den letzten beiden Jahren bereits erhebliche Beträge eingespart werden konnten.

Die SPD-Fraktion zeigte sich enttäuscht über das Defizit im Ergebnishaushalt, das die Gemeinde trotz guter Bewirtschaftung der Mittel in den vergangenen zwei Jahren wieder auf den Stand von 2012, als die Gewerbe-

steuern wegbrachen, zurückwirft. Die Einsparmöglichkeiten sind aus Sicht der Fraktion ausgeschöpft, auch wird ein Verkauf der Sozialstation nicht als Einsparung gesehen, da durch einen unabhängigen Gutachter attestiert wurde, dass sie dauerhaft wirtschaftlich betrieben werden kann.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsrede wurde auf den Aufwand für freiwillige Leistungen eingegangen, deren Höhe mit fast 3 % der ordentlichen Aufwendungen den Empfehlungen des Landes entspricht. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl bedeutet dieser Wert, dass der Gemeinde die vielfältigen Angebote für die Sander Einwohner rund 60 € pro Einwohner im Jahr kosten.

Weitere Gestaltungsmöglichkeiten bleiben darüber hinaus nach Auffassung der Fraktion kaum. Die Erhaltung der Infrastruktur sowie die geplanten Projekte wie die Bahnüberführung Deichstraße, der Neubau des Feuerwehrgerätehauses oder die Bahnumfahrung belasten den Investitionshaushalt über viele Jahre, so dass Überlegungen zu neuen Projekten kaum sinnvoll erscheinen.

Für das nächste Jahr steht eine Entscheidung darüber an, ob die Kläranlage an ein Unternehmen übertragen wird oder ob die anstehenden Sanierungen durch die Gemeinde vorgenommen werden. Aufgrund der dringend erforderlichen kostenintensiven Maßnahmen wird es aber in jedem Fall eine spürbare Gebührenerhöhung geben.

Es folgten ein Rückblick auf die im laufenden Haushaltsjahr angestoßenen und teilweise abgeschlossenen Projekte sowie ein Ausblick auf 2014 ehe abschließend Zustimmung zur vorliegenden Haushaltssatzung signalisiert wurde.

Die CDU-Fraktion ging ihrer Haushaltsrede ebenfalls auf die Sparbemühungen ein, die jedoch nach Ansicht der Fraktion nicht dazu geeignet sind, eine Konsolidierung des Haushaltes zu erreichen.

Sie sprach sich für die zeitnahe Umsetzung der Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Bahnumgehung, für die beständige Verbesserung der Kinderbetreuung in der Gemeinde sowie für den Erhalt der Schulen in den Ortseilen Neustadtgödens und Cäciliengroden aus.

Um mittel- und langfristig signifikante Einsparungen zu erzielen, ist aus Sicht der Fraktion die Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes notwendig, das der demografischen Entwicklung Rechnung trägt. Ein solches Konzept sollte der Rat ohne Mitwirkung der Verwaltung beraten.

Das vom Vorredner angeführte positive Ergebnis der Überprüfung der Sozialstation wurde von der CDU-Fraktion als ein gutes und wertbestimmendes Verkaufsargument gesehen, wodurch die Kernverwaltung entlastet werden würde, ohne dass sich für die Bürger an den Leistungen etwas ändern würde. Es wurde konstatiert, dass das Betreiben der Sozialstation

keine Aufgabe der öffentlichen Hand darstellt.

Da der Haushaltsentwurf im Wesentlichen auf den Beschlüssen der Fachausschüsse basiert, die von der Fraktion mitgetragen werden, wurde Zustimmung zum Haushalt 2014 signalisiert.

Die Gruppe Grüne/FDP wies darauf hin, dass sich der Schuldenstand der Gemeinde zum Ende der Ratsperiode verdreifacht haben wird und übte Kritik an der Bewirtschaftung der Mittel. Der Fehlbedarf im Haushalt von rund einer Million Euro entspricht in etwa den Zuschüssen der letzten Jahre für die Sozialstation.

Es wurde bemängelt, dass freiwillige Leistungen zur Einsparung nicht reduziert wurden, sondern stattdessen noch freiwillige Aufgaben wie die Einführung der Ganztagschulen in Cäciliengroden und Neustadtgödens hinzugekommen sind. Aus Sicht der Gruppe hat dem Bürgermeister der Mut zu Sparvorschlägen gefehlt. In der Konsequenz der hohen Ausgaben für die freiwilligen Leistungen wurden nur die beiden Möglichkeiten gesehen, dass die Gemeinde selber Streichungen vornimmt, oder diese durch die Kommunalaufsicht vorgenommen werden. Es wurde vermutet, dass die zweite Variante von der Verwaltung bevorzugt wird.

Ratsherr Eiklenborg ging in seiner Haushaltsrede auf das Defizit im Ergebnishaushalt ein, das erst im Jahre 2016 wieder egalisiert werden kann, ebenso verhält es sich beim Liquiditätsstatus. Durch den fehlenden Liquiditätsüberschuss werden keine Abschreibungen erwirtschaftet, deren Folgen an dem Beispiel der Kläranlage aktuell ablesbar sind. Es wurde moniert, dass die Gemeinde damit Ressourcen auf Kosten der nächsten Generation verbraucht.

Mit Blick auf die Genehmigungspflicht der Liquiditätskredite, sofern diese ein Sechstel der Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausmachen, wurde aufgezeigt, dass der vorgesehene Kassenkreditrahmen von 4,5 Mio. Euro bereits ein Drittel der Einzahlungen ausmacht.

Es wurde in Frage gestellt, dass die Kreditverpflichtung der Gemeinde mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Kommune im Einklang steht, und aus diesem Grund der Haushalt abgelehnt.

Beschluss:

Dem Haushaltsplanentwurf 2014 mit Anlagen wird unter Berücksichtigung der beratenen Änderungen zugestimmt. Gem. § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2014 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen

7. **Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes**
Vorlage: 215/2013

Die Gruppe Grüne/FDP beantragte die Zurückstellung der Beschlussfassung und erneute Beratung im Finanzausschuss, da die Liste der freiwilligen Leistungen unvollständig ist, da dort insbesondere Angebote des Kindergartens und der Horts nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht aufgeführt werden müssten. Zudem ist die Liste nicht im Einzelnen beraten worden.

Die Ratsvorsitzende wies darauf hin, dass die Liste Bestandteil der Beratungen im Fachausschuss gewesen ist, ein Ratsmitglied ergänzte dazu, dass zudem nicht die Auflistung der freiwilligen Leistungen Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes ist, sondern die Kürzungen dessen.

Der Antrag wurde mit 18 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und 3 Ja-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG die als Anlage beigefügte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2014.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen

8. **Änderung der Richtlinien über die Sportförderung sowie über die Verwendung der Mittel zur Förderung von Jugendpflegemaßnahmen**
Vorlagen: 198/2013 und 198/2013/1

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Sande verabschiedet die Neufassung der Richtlinien über die Sportförderung sowie über die Verwendung der Mittel zur Förderung von Jugendpflegemaßnahmen zum 01.01.2014 in der in der Sitzung abgeänderten Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss des Bebauungsplans Nr. 45 - Gewerbegebiet Bahnhofstraße Nord -**
Vorlage: 192/2013

Beschluss:

Die zu dem ausgelegten Entwurf des Bebauungsplans Nr. 45 – Gewerbegebiet Bahnhofstraße Nord - eingegangenen Stellungnahmen haben inhaltlich dem Rat vorgelegen.

Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nr. 45 mit der Begründung als Satzung aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 2004 (BGBl. I S. 2414) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 46 - JadeWeserAirport - Vorlage: 194/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 46 mit der Begründung als Satzung aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 2004 (BGBl. I S. 2414) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Stellungnahmen zum Entwurf und Beschluss der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 37 - Windpark Sande - Vorlage: 195/2013

Beschluss:

Die zu dem ausgelegten Entwurf der 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 37 – Windpark Sande - eingegangenen Stellungnahmen haben inhaltlich dem Rat vorgelegen.

Der Rat beschließt die 2. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 37 mit der Begründung als Satzung aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 2004 (BGBl. I S. 2414) sowie der §§ 10 und 58 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Wahl einer / eines hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeisters 2014; hier: Bestimmung des Wahltermins einschließlich einer evtl. erforderlichen Stichwahl
Vorlage: 181/2013**

Bürgermeister Wesselmann nahm an der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes aufgrund des Mitwirkungsverbot gemäß § 41 NKomVG nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Sande bestimmt auf der Grundlage des § 45 b (2) in Verbindung mit § 2 (1) des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) für die Wahl einer / eines Bürgermeisterin / Bürgermeisters als Wahltag den 25. Mai 2014.

Als Termin für eine eventuell erforderliche Stichwahl wird auf der Grundlage des § 45 b (3) in Verbindung mit § 2 (1) des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) als Wahltag der 15. Juni 2014 bestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. **Wahl einer / eines hauptamtlichen Bürgermeisterin / Bürgermeisters 2014; hier: Berufung der Wahlleitung einschließlich Stellvertretung**
Vorlage: 182/2013

Bürgermeister Wesselmann nahm an der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes aufgrund des Mitwirkungsverbot gemäß § 41 NKomVG nicht teil.

Beschluss:

Nach § 9 Absatz 2 Nr. 2 in Verbindung mit § 2 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) beruft der Rat der Gemeinde Sande

Herrn Klaus Oltmann als Wahlleiter und
 Herrn Hans-Hermann Tramann als stellvertretender Wahlleiter

für die Wahl einer / eines Bürgermeisterin / Bürgermeisters der Gemeinde Sande.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. **Benennung eines Elternvertreters für den Schulausschuss**
Vorlage: 236/2013

Beschluss:

Gemäß Vorschlag des Gemeindeelternrates vom 18.11.2013 wird als Elternvertreterin für den Schulausschuss der Gemeinde Sande benannt:

Frau Susanne Wurm, Brückstraße 32, 26452 Neustadtgödens.

Als Vertreterin für beide Elternvertreter wird benannt:

Frau Ute Roßkamp, Heinrich-Schütte-Weg 10, 26452 Sande
 Gleichzeitig wird gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG die Änderung der Aus-

schussbesetzung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Bürgermeister Wesselmann erklärte zur geplanten Zeitschiene zum Umbau des Bahnhofes Sande, dass diese nicht gutgeheißen werden kann und mit vereinten Kräften auf die Bahn eingewirkt werden muss, damit eine zügigere Umsetzung der Maßnahme erfolgt.
- b) Es wurde informiert, dass die Volksbank ihr Filialnetz ausdünnen möchte und zu befürchten steht, dass die Filialen in Neustadtgödens und Cäciliengroden hiervor betroffen sind. Zu dem Anschreiben an die Volksbank, versehen mit der Bitte von den Planungen Abstand zu nehmen, hat die Verwaltung bis dato keine konkrete Rückmeldung erhalten.
- c) Abschließend bedankte sich der Bürgermeister bei den anwesenden Ratsmitgliedern für die zurückliegende Zusammenarbeit und bei der Presse für die durchgeführte Berichterstattung.
- d) Der Niedersächsische Wirtschaftsminister ging nochmals auf das Thema Bahn ein und empfand die kürzlich ergangene Mitteilung über den Zeitplan des Bahnhofsbaus als Unverschämtheit, worüber alle Beteiligten informiert werden sollten. Entsprechende Gespräche mit der DB Netz AG und Herrn Grube stehen an. Auch wenn die Zuständigkeit dieser Angelegenheit nicht beim Wirtschaftsministerium liegt, so liegt es doch im gemeinsamen wirtschaftlichen Interesse.

Landrat Ambrosy stellte die regionale Bedeutung des Projektes heraus und monierte, dass die nicht zuständigen Stellen mehr Arbeiten erledigen als die zuständigen Stellen. Die betroffenen Kommunen an der Bahnstrecke, die sich immer verlässlich verhalten haben, sollten Druck auf die Bahn ausüben.

- e) Der 1. stellv. Bürgermeister übermittelte als Vorsitzender des Gemeindefortschrittsbundes im Namen der Sander Sportvereine den Dank an die Verwaltung für die gute Zusammenarbeit
- f) Ein Ratsmitglied erkundigte sich zum Sachstand des Projektes „Demografischer Wandel“, da nach der Klausurtagung keine weiteren Informationen dazu bekannt gegeben wurden.

Hierzu kündigte die Ratsvorsitzende einen Terminplan für Anfang nächsten Jahres an. Der Bürgermeister ergänzte, dass die Ergebnisse der Verwaltung in Kürze dem Rat präsentiert werden und danach die weitere Vorgehensweise abgestimmt wird.

- g) Eine Pressevertreterin erkundigte sich, bis wann es möglich ist, dass sich weitere Kandidaten für das Bürgermeisteramt entscheiden können. Die Verwaltung informierte hierzu, dass ab dem 07.01.2014 die Unterstützungsformulare abgeholt werden können und die Einreichung der Wahlvorschläge am 07.04.2014 um 18.00 Uhr endet.

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiter beraten.